Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 3

Artikel: Lebensstandard in der UdSSR

Autor: Hofer, Wilhelm

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076931

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lebensstandard in der UdSSR

In einem ersten Beitrag (KB Nr. 25 vom 9. Dez. 1964) ist die am 13. Juli 1964 von Chruschtschew angekündigte Lohnerhöhung dargestellt und in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft untersucht worden.

Diese Massnahme soll über 50 Millionen sowjetischen Arbeitern eine Lohnerhöhung von insgesamt 4,5 Milliarden Rubel, rund 18 Millionen Lohnempfängern, zu denen auch die sowjetische Intelligenz, wie Lehrer und Aerzte, gehört, eine Erhöhung von insgesamt 3,5 Milliarden Rubel bringen. Der Lebensstandard dieser zweiten Gruppe soll im folgenden ebenfalls kurz analysiert werden.

Land mit Armut

Der Kommentar Chruschtschews vor dem Obersten Sowjet zum Gesetz über die Lohnerhöhungen ist besonders wertvoll, weil er erstmals sowjetamtliche Angaben über die Lohnverhältnisse der Intelligenz enthält.

Bis zu den jetzt in Kraft getretenen Lohnerhöhungen bezog beispielsweise ein Primarschullehrer auf dem Lande monatlich 52 Rubel, in der Stadt 57 Rubel (der Rubel entspricht kaufkraftmässig etwa 3 Franken), ein Arzt 72 bis 75 Rubel, eine Krankenschwester 45 bis 67 Rubel.

Unter Berücksichtigung der billigen Mietzinse, des kostenlosen Gesundheitswesens und der Versorgung in Gemeinschaftsküchen dürften diese Gehälter einem Lohn von höchstens Fr. 300.— (52 Rubel) bis Fr. 400.— (75 Rubel) unter schweizerischen Bedingungen entsprechen.

Die Lohnerhöhungen

Von 1965 an sollen 18 Millionen Lohnerhöhungen im Betrag von insgesamt 3,5 Milliarden Rubel erhalten, darunter:

2,6 Millionen Lehrer

2,6 Millionen andere im Bildungswesen tätige Personen,

über 0,5 Millionen Aerzte,

über 1,5 Millionen Krankenschwestern und anderes medizinisches Personal,

über 1,3 Millionen Sanitäter und jüngeres medizinisches Personal,

über 2 Millionen Angestellte des Kommunaldienstes,

über 4 Millionen Angestellte des Handels und der Versorgung.

Die *Aerzte* erhalten nunmehr je nach Arbeitsplatz (Stadt oder Land) und Dienstzeit (1—30 Jahre) 90—125 Rubel monatlich. Es ist ihnen selbstverständlich nicht erlaubt, eine Privatpraxis zu führen.

Die *Lehrer* mit Hochschulbildung beziehen neuerdings 80—100 Rubel.

Die *Krankenschwestern* werden in die Lohnkategorie 60—110 Rubel eingestuft.

Die *Angestellten* des Kommunaldienstes, des Wohnungswesens und des Handels werden etwa 50 Rubel erhalten, diejenigen der Versorgung etwa 30 Rubel.

Man muss sich fragen, wie diese Lohnerhöhung von 8 Milliarden Rubeln gedeckt werden soll. In der Sowjetindustrie werden die Industrielöhne direkt oder indirekt aus dem Staatshaushalt bezahlt (für die Landarbeiter gilt eine andere Regelung). 1962 (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) betrugen die Ausgaben des Staatshaushalts 82,2 Milliarden Rubel, die Lohnerhöhung macht mithin zusätzlich etwa 10 Prozent aus. Man könnte denken, dass die Lohnerhöhung aus der erwarteten Wachstumsrate der Volkswirtschaft bezahlt wird, worauf sich z. B. auch das Defizitgebaren einiger westeuropäischer Staatshaushalte gründet. In der «Prawda» vom 21. Oktober 1964 finden wir aber, dass die Wachstumsrate für die ersten 9 Monate dieses Jahres sich im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres von 8,7 Prozent auf 7 Prozent gesenkt hat. Diese Möglichkeit ist also in der Sowjetunion nicht realistisch.

Eine konservative Regelung des Mehrbedarfes in einer Sparte des Staatshaushaltes würde eine Kürzung in einer andern vorsehen. Eine der grossen Positionen der Staatsausgaben, die Ausgaben für Rüstungen, kommt scheinbar nicht in Frage, da im Verteidigungsministeriums, am 23. Oktober 1964 (also gleich nach dem Sturz Chruschtschews) vehement eine Verstärkung des Verteidigungspotentials gefordert wurde. Nach dem letzten Erfolg der sowjetischen Raumschiffahrt dürfte auch für diese das gleiche gelten. Am wenigsten Widerstand dürfte vielleicht eine Kürzung der Hilfe an unterentwickelte Länder finden. Aber auch diese Position reicht bei weitem nicht zur Deckung der Lohnerhöhung aus.

Der Brotkorb des «Mittelstandes»

Die Löhne der Angestellten liegen auf dem Niveau der Arbeiterlöhne, deren Kaufkraft bereits dargestellt worden ist (KB vom 9. 12. 64). Was kann sich aber ein mit 100 Rubel monatlich entlöhnter Arzt oder Lehrer in der Sowjetunion leisten?

«Zweites Einkommen» der Sowjetbürger werden etwa die Sozialleistungen des Staates genannt: Renten, unentgeltlicher Gesundheitsdienst, billige Wohnungen, geringe Erziehungs- und Bildungsausgaben für die Kinder, günstige Verköstigungsmöglichkeiten in Betriebskantinen usw. Das Bild zeigt den Untersuchungsraum des Betriebsspitals im Moskauer Werk «Borez».

Aerzte

Entlöhnung Rubel monatlich, jetzt und früher (in Klammern)

Dienstzeiten	bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	10 bis 25 Jahre	25 bis 30 Jahre
Spital (Stadt)	90 (72,5)	100 (80)	110 (95)	125 (108)
Spital (Dorf)	100 (75)	110 (83)	120 (98)	
Bezirksspital (Dorf)	105 (75)	115 (83)	125 (98	

Die höchstqualifizierten Aerzte erhalten monatlich eine Zulage von 30 Rubel. In diesem Fall erhält der Dorfarzt nach 25jähriger Dienstzeit (inklusive Pension) und der Stadtarzt nach 30jähriger Dienstzeit (inklusive Pension) monatlich 195 bis 200 Rubel. Die Sowjetärzte dürfen keine Privatpraxis führen. Die letztgenannte Entlöhnung ist also das Maximum, was ein Sowjetarzt sich erarbeiten kann.

Die sowjetische Konsumstatistik zeigt, dass Lebensmittel und andere Konsumgüter (Kleider, Schuhe, Möbel, Velos, Uhren, Nähmaschinen usw.) etwa im Verhältnis 50:38 verbraucht werden. Es darf somit geschlossen werden, dass ein Bezüger von 100 Rubel Monatsgehalt im Durchschnitt etwa 55 Rubel für Lebensmittel (und Alkohol) und 45 Rubel für andere Konsumgüter ausgibt.

Dieser Vertreter des Mittelstandes kann sich seinen Tisch etwas wählerischer decken als der Arbeiter, der hauptsächlich auf Zerealien angewiesen ist. Er kann sich täglich Tee mit Zucker und etwa fünfmal wöchentlich billigeres Fleisch leisten. Auch für die übrigen Konsumgüter (Bekleidung usw.) steht ihm im Jahr mit über 500 Rubel etwa das Doppelte dessen zur Verfügung, was der Arbeiter aufwenden kann.

Diese Zahlen lassen vermuten, dass Arbeiterschaft und Mittelstand im grossen und ganzen in ähnlichen Verhältnissen leben. Ist damit bereits eine Annäherung an das kommunistische Endziel der klassenlosen Gesellschaft vollzogen?

Die neue Klasse

30 Rubel verdienen heute viele Werktätige in der Sowjetunion. 45 Rubel ist der Durchschnittslohn von etwa 50 Millionen Arbeitern. 60 Rubel ist das Spitzengehalt von Industriearbeitern, der Durchschnittslohn von Gemeindebeamten und das Anfangsgehalt von Krankenschwestern und Wundärzten. 80 Rubel verdienen Lehrer mit Hochschulbildung in der ersten Stelle, Ingenieure in der Leichtindustrie, Hauptleute in der Armee. Mit 90 Rubel fangen die Aerzte an, und nach 5- bis 10jähriger Dienstzeit kommen auch die Lehrer auf dieses Gehalt. Bei 125 Rubel sind die Möglichkeiten des Mittelstandes ungefähr erschöpft. Nun stösst die Lohnskala in die Spitzengehälter vor.

Fabrikdirektoren erhalten 300—1000 Rubel. *Universitätsprofessoren* erhalten 600—1000 Rubel.

Minister und hohe Beamte beziehen 700 Rubel.

Mitglieder der Akademie, Verdiente Wissenschafter, Generäle und Admiräle werden mit 800 bis 1500 Rubel entlöhnt.

Schriftsteller, Künstler, Erfinder können auf 500 bis über 2000 Rubel monatlich kommen. Aus dieser Gruppe rekrutieren sich denn auch die meisten Millionäre, die es in der Sowjetunion gibt.

Wenn man den Durchschnittslohn der Arbeiterschaft (50 Rubel) mit jenem der Neuen Klasse (1000 Rubel) vergleicht, ergibt sich das Verhältnis von 1:20.

In der Schweiz dürfte dieses Verhältnis etwa 1:5 betragen: Fr. 800.— zu Fr. 4000.—. Somit zeigt sich im grossen und ganzen, dass bei etwa vergleichbaren Gehältern der Spitzenklasse sich der schweizerische Arbeiter etwa viermal besser stellt als der sowjetische.

Wilhelm Hofer

Stalinistische Nationalitätenpolitik:

Mao schafft neue Sprachen

Die sino-sowjetische Konfrontation greift allmählich wieder auf alle Gebiete über, die zur Zeit Chruschtschews zur Debatte standen, auch wenn man einander noch nicht so direkt beschimpft wie vor einem Jahr. Schon treten sogar neue Motive in der Auseinandersetzung auf, und da erweist sich namentlich Peking als schöpferisch. In einem Fall sogar als sprachschöpferisch, wie Kulturreformen bei Volksminderheiten in China beweisen.

In der chinesischen Nordprovinz Sinkiang gehen die Anstrengungen zur Isolierung der Bevölkerung gegenüber der benachbarten Sowjetunion weiter. Die Grenze scheint soweit abgeschlossen, dass eine Massenflucht der dort ansässigen Uighuren und Kasachen, wie sie 1962 vorgekommen ist, nicht mehr möglich ist. Aber immer noch wird die Bevölkerung vor Subversion und Sabotage gewarnt, die von den «modernen Revisionisten» betrieben werde. Nun soll die Schaffung einer neuen Sprache für die Uighuren und Kasachen deren Zusammengehörigkeitsgefühl mit den gleichen Nationalitäten jenseits der Grenze weiter schwächen.

Bei der Sprachreform, die im Januar in lokalen Radiosendungen angekündigt wurde, handelt es sich offiziell um eine Anpassung an die Erfordernisse der heutigen Zeit. Die überlieferte Sprache habe schwerwiegende Nachteile wie ungenügende Vokalisierung und unwissenschaftliche Wortfolge. Diese «unheilbaren Defekte» hätten die Kasachen und Uighuren daran gehindert, im Kampf zur Erhöhung des Kulturniveaus die ihnen zukommende Rolle zu spielen. Eine neue Sprachstruktur soll zugleich mit der Einführung des lateinischen Alphabets und der chinesischen Lautsymbole hier Abhilfe schaffen und die betreffenden Sprachen den «Massen der Arbeiter und Bauern» näher bringen.

Das Vorgehen dürfte auf ähnliche Sprachpolitik hinauslaufen, wie sie Stalin in den zwanziger und dreissiger Jahren gegenüber den gleichen Minderheiten in der Sowjetunion angewandt hatte. Der zahlenmässige Anteil der beiden Bevölkerungsgruppen ist allerdings in den beiden Staaten unterschiedlich. Während in Sinkiang den 4 Millionen Uighuren rund 350 000 Kasachen gegenüberstanden, zählt man in den benachbarten Sowjetrepubliken 3,6 Millionen Kasachen und nur 100 000 Uighuren. Die arabischen Schriftzeichen der sowjetischen Turkvölker waren nach 1924 durch das lateinische, nach 1939 durch das cyrillische Alphabet der russischen Sprache ersetzt worden, wodurch gleichzeitig die Uebernahme russischer Lehrwörter erleichtert und beschleunigt wurde.

Die Sprachreform in Sinkiang dürfte sowohl darauf hinzielen, das Chinesische zugänglicher zu machen, als auch darauf, eine Entfremdung zur kasachischen und uighurischen Sprache in der Sowjetunion herbeizuführen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung der lokalen Behörden, die Reformen seien in ihrem Versuchsstadium von den «modernen Revisionisten» und «allen andern reaktionären Kräften» sabotiert und angegriffen worden. Der Klassenfeind im In- und Ausland werde das Vorhaben auch weiterhin bekämpfen.

Diese Tonart lässt das politische Motiv der sprachlichen Neuerungen klar erkennen. Auch liess der Präsident der Autonomen Region Sinkiang, Saifudin, in einem von Radio Urumchi verbreiteten Artikel, kulturelle Argumente der Gegner nicht gelten. Wenn die Opposition das «kulturelle Erbe» der kasachischen und uighurischen Sprache ins Feld führe, so sei das weiter nichts als «ein Vorwand, um unserer Partei zu opponieren, die Einigung unseres Landes zu zerstören und die nationale Einheit zu unterwühlen.» Man werde rücksichtslos die wahren Motive hinter der geheuchelten Argumentation aufdecken.

Offensichtlich wird die Sprachreform bereits eingeführt, obwohl der Plan noch offiziell der Genehmigung durch den chinesischen Staatsrat bedarf. Dass Diskussion unerwünscht ist, wurde ja deutlich genug zu verstehen gegeben.

Es ist allgemein auffällig, dass in der chinesischen Nachrichtenagentur «Hsin Hua» die Berichte über nationale Minderheiten seit einiger Zeit einen beträchtlichen Platz einnehmen. Die Betonung liegt dabei durchaus auf der sprachlichen und kulturellen Antonomie dieser Gruppierungen, wodurch der Eindruck nationaler Eigenständigkeit hervorgerufen wird. Dass gleichzeitig die Einwanderung von Chinesen in die betreffenden Gebiete systematisch weiter betrieben wird, ist dafür aus der landeseigenen Presse zu ersehen, wo sich die Propaganda bemüht, junge Leute und ganze Familien für eine Ansiedlung anzuwerben.